



ORIENTIERUNG

Nr. 8 61. Jahrgang Zürich, 30. April 1997

WOZU ÜBERHAUPT GESCHICHTSSCHREIBUNG, wenn sie nicht den Zeitgenossen helfen will, Vertrauen in die Zukunft zu bewahren und die Schwierigkeiten, denen sie täglich begegnen, zu meistern? Der Historiker darf sich daher nicht in der Vergangenheit einkapseln, sondern muß beharrlich über die Probleme seiner Zeit nachdenken.» Mit diesen – gewiß nicht selbstverständlichen – Sätzen beginnt der bekannte französische Mittelalter-Forscher *Georges Duby* das Vorwort eines beachtenswerten Buches, das aus einer Reihe von Gesprächen hervorgegangen ist.¹ Duby, der seit 1970 am Collège de France in Paris wirkte und 1987 in die Académie Française aufgenommen wurde, ist am 3. Dezember 1996 im Alter von 77 Jahren in Aix-en-Provence gestorben. Zahlreiche seiner Bücher wurden ins Deutsche übersetzt.² 1982 wurde Duby durch ein längeres Dossier der Zeitschrift «Magazine littéraire» einem größeren Publikum unter der Überschrift «Le style et la morale de l'histoire» vorgestellt (No 189). Hier sei lediglich auf den vorzüglich gestalteten Band hingewiesen, in dem Duby ganz im Sinne der zitierten Sätze die Aktualität und den Nutzen historischer Erinnerung demonstriert.

ÄNGSTE UND ZEITEN

Zweifellos ist das Thema «Angst» in hohem Maße geeignet, das Gleichbleibende und das Sich-Wandelnde des menschlichen Lebens bewußt zu machen. Davon ist hier natürlich nicht zum ersten Mal die Rede.³ Man hat bisweilen versucht, bestimmte Zeitalter als Zeiten der Angst zu charakterisieren. So schrieb zum Beispiel der bedeutende englische Historiker Eric Robertson Dodds eine eindrucksvolle Studie über die Periode zwischen Mark Aurel und der Bekehrung Konstantins, in der er die Veränderungsprozesse dieser Zeit des Übergangs vom Hellenismus zum Christentum unter den Titel «Zeitalter der Angst» stellte.⁴ Und in pointierter Schematisierung nahm Camus einmal die folgenden Unterscheidungen und Einteilungen vor: «Das 17. Jahrhundert war das Jahrhundert der Mathematik, das 18. jenes der Naturwissenschaften und das 19. jenes der Biologie. Das unsrige, das 20. Jahrhundert, ist das Jahrhundert der Angst.»⁵ Duby beschränkt sich auf die Schilderung der «mittelalterlichen Ängste», will jedoch, von diesen ausgehend, den Zusammenhang mit den heutigen aufzeigen, sozusagen das Kontinuierende, ja die Permanenz der Angst oder genauer: der Ängste. In der Tat geht es ihm nicht um Kierkegaards christlich-theologisch konzipierten «Begriff Angst» und ebensowenig um das phänomenologisch-ontologische «Existential» der Angst, das Heidegger in «Sein und Zeit» bekanntlich ziemlich kraß von der «Furcht» vor etwas Bestimmtem abgegrenzt hat. Als Historiker brauchte sich Duby ohnehin nicht zu scheuen, über die konkreten Weisen der Angst oder eben der Furcht (*les peurs*) zu berichten, die die Menschen stets heimsuchen und mit deren Deutung sie ebenso beschäftigt bleiben wie mit den Bemühungen, sie zu ertragen und zu verringern.

Duby beschreibt fünf Arten der Angst: die Angst vor der Not, vor den «anderen», vor den Seuchen, vor der Gewalt und vor dem Jenseits. Aber Duby beschreibt diese Ängste nicht nur – in klaren Worten, die dem Interview-Stil entsprechen –, sondern er zeigt sie auch! Denn der Band ist reich versehen mit souverän ausgewählten, in ausgezeichnete Farbigkeit reproduzierten und gewiß den kunstwissenschaftlichen Laien nicht leicht auffindbaren Beispielen mittelalterlicher Miniaturen, Fresken, Tapisserien, Mosaiken, Buchmalereien – unaufdringlich, aber wirkungsvoll ergänzt durch einzelne Photographien aus unseren Tagen, die das Elend der Vorstädte, den Pilz der Atombomben-Explosion, umherziehende Sinti und Roma, Obdachlose in London, auf dem Boden liegende Demonstranten am «Tag der Verzweiflung» in Paris (es war der 21. Mai 1994) zeigen.

Die Antworten Dubys auf die Fragen nach den mittelalterlichen Ängsten vor den Hungersnöten, den Pestepidemien, den Fremden, der kriegerischen Gewaltanwendung, der Folter und schließlich der Hölle vermitteln zusammen mit den nicht selten er-

ESSAY

Ängste und Zeiten: Wozu, überhaupt Geschichtsschreibung? – *Georges Dubys* Interview-Band «Unseren Ängsten auf der Spur. Vom Mittelalter zum Jahr 2000» – Als Historiker beschreibt und zeigt er die konkreten Weisen der Angst – Historische Veränderungsprozesse und die Angst – Angst vor dem Weltende – Anzeichen einer spirituellen Erneuerung? *Heinz Robert Schlette, Bonn*

KIRCHEN

Das gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage: Kirchliche Stellungnahme abgestützt auf breiten Konsultationsprozeß – Wesentliche Aussagen des Dokuments – Arbeitslosigkeit und Globalisierung – Krise des Sozialstaats und neue Armut – Umweltkrise und künftige Generationen – Spezifisch christliche Perspektiven und Impulse zur Bewältigung der Lage – Wegmarken zu einem neuen gesellschaftlichen Grundkonsens – Aufgaben der Kirchen u.a. als Arbeitgeber – Deutliche Worte zum «sozialen Ausgleich» – Der Sonntag nur am Rande erwähnt – Umweltethische Themen im Ansatz anthropozentrisch – Gutes und Mangelhaftes in der Ursachenanalyse – Ausschnitte aus dem Presseecho – Ist das Gemeinsame Wort von Politikern schon «totgelobt»?

*Edmund Gumpert und
Michael Rosenberger, Würzburg*

LITERATUR/DDR

Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR:

Joachim Walther, «Sicherungsbereich Literatur» – Ein Beitrag zur Aufklärung und Verarbeitung der Vergangenheit – Persönliche Betroffenheit des Autors – Strukturelle Bewältigung der kaum überschaubaren Fülle an Quellentexten – Die Quellenlage – Wahrheitsgehalt der Akten? – Aufbau und Struktur des Repressionsapparats – Der Einsatz inoffizieller Mitarbeiter – J. Walthers Enttarnung der Decknamen, ein heikler Teil der Untersuchung – Operative Bearbeitung – Mit geschilderten Einzelfällen Blick in Abgründe menschlichen Verrats und zynischer Menschenverachtung – Es gab auch Neinsager und Aussteiger. *Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen*

PHILOSOPHIE/POESIE

«Ich habe ein Licht entzündet»: Kerkergedichte des Dominikaners *Tommaso Campanella* (1568–1639) neu übersetzt und kommentiert von Thomas und Kurt Flasch – 30 Jahre Gefangenschaft – Ergreifende Zeugnisse des Leidens – «Wir alle lebten im Dunkel/Ich habe ein Licht entzündet» – Philosophische Dichtung – Trost der Philosophie – Boethius ähnlich und doch anders – Weiterführung in der Rezeptionsgeschichte durch Erschließung seiner philosophischen Poesie und Denkart.

Ruedi Imbach, Belfaux (Schweiz)

schreckend realistischen Illustrationen einen sehr starken Eindruck von den Oppressionen und Bedrohungen aller Art, denen die Menschen ausgesetzt waren und sind. Am Ende des Buches wird eine heute besonders aktuelle Problematik angesprochen: «Hat die Angst vor dem Weltende, die im Mittelalter so präsent war, all die Jahrhunderte überlebt?» Dubys Antwort: «Das ist etwas, was fortbesteht. Meine Mutter beispielsweise rechnete mit dem Weltende. Was unsere Vorfahren taten und dachten, lebt in uns immer noch weiter. Wenn wir ein bißchen im Bewußtsein unserer Zeitgenossen herumkramen würden, dann fänden wir noch genügend Leute, die an die Möglichkeit eines plötzlichen Endes der menschlichen Geschichte glauben. Ich entsinne mich an die ersten Atomversuche. Die Leute fragten sich, ob das nicht Kettenreaktionen auslösen könne, die das ganze Universum hochjagen. Wenn man heute hört, daß das Bevölkerungswachstum so schnell voranschreitet, daß in einigen Jahrzehnten die Erde ihre Bewohner nicht mehr ernähren kann, fragt man sich, was aus der Gattung Mensch werden wird. Wenn man daran denkt, daß die Dinosaurier so schlagartig verschwunden sind, daß man Eier entdeckt, aus denen die Tiere noch nicht ausgeschlüpft waren, dann führt das schon zu der Vorstellung, daß auch die Gattung Mensch, durch ein komplettes Versagen der Immunabwehr beispielsweise, ausgelöscht werden könnte.»

Anzeichen einer spirituellen Erneuerung?

Dann folgt noch die Frage: «Gibt es Ihrer Ansicht nach heute Anzeichen einer spirituellen Erneuerung?» Antwort: «Ich sehe vor allem, daß der Materialismus eine große Mehrheit der Menschen nicht befriedigt. Sie sind auf der Suche nach etwas, was darüber hinausgeht.» (S. 140f.)

Die philosophische und auch die theologische Frage, warum es sich mit all den menschlichen Ängsten so verhalten hat und verhält, wie Duby es uns hier – von seinem Fachgebiet her – vor Augen führt, läßt sich nicht unterdrücken; sie führt uns einmal mehr in die Abgründigkeit des nicht-wissenden Schweigens und in die anti-nihilistische Mobilisierung einer schier unglaublichen Hoffnung.

Doch noch eine Überlegung ganz anderer Art legt sich nahe. Dieses Buch ist nicht nur wertvoll und lehrreich, es ist, daran läßt sich kaum zweifeln, zugleich auch *schön*. Wir geraten damit in eine ästhetische Paradoxie, in eine Paradoxie des Ästhetischen: Ist die schöne Präsentation all dieser Ängste nicht ein Widerspruch, gar das Alibi einer zynischen Beschwichtigung? Es würde hier zu weit führen, über dieses Dilemma zu «philosophieren». Ich begnüge mich mit der Empfehlung, dieses Buch von Duby mit besonderer Aufmerksamkeit zu lesen und anzuschauen.

Heinz Robert Schlette, Bonn

¹ Sie erschienen zuerst in dem Nachrichtenmagazin «L'Express» und wurden im März 1994 von «Europe 1» gesendet. Die Fragen stellten Michel Faure und François Clauss; für die 1995 unter dem Titel «An 1000 An 2000. Sur les traces de nos peurs» veröffentlichte Buchausgabe wurde der Text von Fabienne Waks ergänzt. Die deutsche Ausgabe, übersetzt von Martina Meister, erschien unter dem Titel «Unseren Ängsten auf der Spur. Vom Mittelalter zum Jahr 2000» 1996 im Verlag DuMont, Köln. (143 S., DM 29,90).

² Vgl. etwa: Die Zeit der Kathedralen. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1980 (frz. 1976); Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus. Frankfurt/M. 1981 (frz. 1978); Ritter, Frau und Priester. Frankfurt/M. 1985 (frz. 1981); Der Sonntag von Bouvines. 27. Juli 1214. Wagenbach, Berlin 1988 (frz. 1973); Die Frau ohne Stimme. Liebe und Ehe im Mittelalter. Berlin 1989 (frz. 1983 u. 1988); Héloïse, Isolde und andere Frauen im 12. Jahrhundert. Fischer, Frankfurt/M. 1997 (frz. 1995) sowie die autobiographische Schrift «Eine andere Geschichte». Klett-Cotta, Stuttgart 1992 (frz. 1991).

³ Vgl. J. Delumeau, Angst im Abendland. Die Geschichte kollektiver Ängste im Europa des 14. bis 18. Jahrhunderts. 2 Bde. Reinbek 1985 (frz. 1978). S. hierzu die Besprechung in: Orientierung 51 (1987) 28–30.

⁴ Vgl. E. R. Dodds, Heiden und Christen in einem Zeitalter der Angst. Aspekte religiöser Erfahrung von Mark Aurel bis Konstantin. Frankfurt/M. 1985 (engl. 1965).

⁵ A. Camus, Weder Opfer noch Henker. Zürich (detebe 70042) 1996, 9 (frz. zuerst 1946 in der Zeitung «Combat»).

Schon «totgelobt»

Das Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

Schon einen Monat nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Wortes «Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit»¹ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz äußerte deren Vorsitzender, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, die Befürchtung, das Wort sei von den Politikern bereits «totgelobt» und die Debatte um die Grundwerte, die es anstoßen wollte, weggeschoben worden.² Was ist an dieser Einschätzung? Läßt sich das ökumenische Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage tatsächlich so schnell zu den Akten legen?

Von der Idee bis zum gemeinsamen Dokument

Angesichts der akuten Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtbedingungen war die Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz in ihrer Sitzung am 23./24. Juni 1993 übereingekommen, ein grundlegendes Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Situation vorzubereiten. «Um hierfür nicht nur einen möglichst breiten Konsens zu erreichen, sondern auch auf die konkreten Nöte und Bedrängnisse der Gesellschaft möglichst schlüssige Antworten zu finden, kam die Kommission weiter überein, dieses Wort nicht als einen fertigen Text vorzugeben, sondern seine Inhalte und Aussagen aus einem möglichst breiten Konsultationsprozeß zu gewinnen.»³

Ein solcher Konsultationsprozeß zur Erarbeitung einer kirchlichen Stellungnahme war bislang in Deutschland ohne Beispiel, konnte aber auf Vorbilder in den USA und in Österreich zurückgreifen: Nach breiter und kontroverser mehrjähriger Erörterung hat die Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten von Amerika 1986 das Wort «Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle»⁴ herausgegeben; dem «Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs»⁵ vom 15. Mai 1990 war ein dreieinhalbjähriger Diskussionsprozeß vorausgegangen.

Der angestoßene Prozeß sollte im zusammenwachsenden Deutschland zur Konsensbildung über eine «sozial gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» beitragen, wobei nicht erst das «endgültige Ergebnis», sondern «schon das gemeinsame engagierte Gespräch, das ernsthafte gemeinsame Nachdenken ... diesen Konsultationsprozeß wertvoll» machte.⁶ Einige wesentliche Etappen dieses Nachdenkens seien kurz erwähnt:

– Ein erstes Thesenpapier zu acht Themenkreisen wurde im Oktober 1993 in getrennten Veranstaltungen mit Bundestagsabgeordneten, mit Repräsentanten der Spitzenverbände der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie mit 180 innerkirchlichen Verantwortlichen in Verbänden und Räten, Professoren u. a. diskutiert. Die Ergebnisse dieser ersten Konsultationsphase wurden ausführlich dokumentiert.⁷

¹ Hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn.

² dpa vom 2. April 1997.

³ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Unsere Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft. Konsultationsprozeß zur Vorbereitung eines Wortes der deutschen Bischöfe zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Dokumentation der ersten Konsultationsphase, Bonn 1993, S. 5.

⁴ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Stimmen der Weltkirche 26: Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten von Amerika: Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle (1986). Bonn 1987.

⁵ Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz (Hrsg.), Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs, Wien 1990.

⁶ Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen, 1994, S. 8.

⁷ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) 1993.

– Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der schon bei diesen Beratungen durch Beobachter vertreten war, nahm am 26. November 1993 die Einladung der Deutschen Bischofskonferenz an, dieses Wort gemeinsam zu erarbeiten und herauszugeben.

– Eine paritätisch besetzte, achtköpfige Arbeitsgruppe erstellte auf der Grundlage der Erkenntnisse der ersten Konsultationsphase die völlig veränderte «Diskussionsgrundlage», die im November 1994 veröffentlicht wurde.⁸

– Länger als ein Jahr – bis Ende Januar 1996 – setzten sich Kirchengemeinden und Verbände, Basisgruppen und wissenschaftliche Institute, Ordensgemeinschaften und gesellschaftliche Einrichtungen mit dieser Vorlage auseinander und formulierten rund 2500 Eingaben. Danach erwies es sich als erforderlich, den Text völlig neu zu schreiben, wofür – bis zur Billigung durch die Leitungsgremien der beiden Kirchen – ein weiteres Jahr nötig war.

Das aus diesem intensiven Prozeß hervorgegangene Wort «kann der Natur der Sache nach keine abschließende Stellungnahme sein». Vielmehr ist es zu verstehen als «Teil in dem weitergehenden öffentlichen Gespräch, welchen vorrangigen Zielen das wirtschaftliche und soziale Handeln verpflichtet sein muß und auf welchen Wegen diese Ziele am besten zu erreichen sind». (34)

Die wesentlichen Aussagen des Dokuments

Der Entfaltung der eigentlichen Aussagen vorgeschaltet sind in einer «Hinführung» zehn Thesen, die den Inhalt des Dokuments gebündelt vorwegnehmen, ohne im einzelnen seiner Gliederung zu entsprechen. Denjenigen, die sich nicht durch dichtbedruckte Seiten kämpfen wollen, ist damit eine sehr komprimierte und verständliche Hilfe an die Hand gegeben. Folgendes wird festgehalten:

- Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sondern eine solche ermöglichen und fördern, indem sie christliche Wertvorstellungen wachrufen und in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen.
- (Volks-)wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit bedingen einander gegenseitig. Keine ist auf Dauer ohne die andere zu haben.
- Die soziale Marktwirtschaft braucht eine Reform der Strukturen genauso dringend wie eine moralische Erneuerung aller in ihr Tätigen. Individual- und Sozialethik gehören in den anstehenden Fragen untrennbar zusammen.
- In bezug auf die bestehenden sozialen Sicherungssysteme wird für eine Reform plädiert, nicht für einen radikalen Systemwechsel.
- Die erste und wichtigste Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird für die nächsten Jahre im Abbau der Arbeitslosigkeit gesehen.
- Der Sozialstaat dient dem sozialen Ausgleich. Daher muß er die Starken be- und die Schwachen entlasten. Mit dieser Aussage ist der Kern des Dokuments angesprochen. Mit deutlichen Worten wird die Umverteilung von den Reichen zu den Armen eingefordert, die sich aus dem klassischen Gemeinwohlprinzip ergibt.
- Der Sozialstaat muß sich subsidiär verstehen, er soll Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dieses Prinzip darf aber nicht dazu mißbraucht werden, daß der Staat sich aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht.
- Das Geschenk der deutschen Einheit muß mit Leben erfüllt werden, damit die faktisch noch lange bestehenden Ungleichheiten zwischen Ost und West aufgefangen werden können.
- Die Menschen teilen die Welt mit anderen Geschöpfen. Die Deutschen teilen die Welt mit anderen Nationen. Solidarität und Gerechtigkeit, die beiden im Dokument verankerten Grundhaltungen, gelten allen Menschen und der ganzen Schöpfung. Ökologie und Soziallehre gehören zusammen und haben globale Reichweite.

⁸ Vgl. Roland Mierzwa, Konsultation: Wer soll was tun? Zum Diskussionspapier der deutschen Kirchen über wirtschaftlich-soziale Fragen, in: Orientierung 58 (1994) S. 261–266.

– Das Wort der Kirchen ist kein letztes Wort, sondern lädt zur weiteren Auseinandersetzung ein.

▷ Das 1. Kapitel gibt eine kurze Zusammenfassung über Hintergründe, Entstehung und Wirkung des Konsultationsprozesses. Im 2. Kapitel werden sodann in fünf Schritten entscheidende Umbrüche dargestellt, die unsere gegenwärtige Lage kennzeichnen. Hier steht an erster Stelle die Massenarbeitslosigkeit. Gründlich werden die Fakten zusammengetragen und einer Ursachenanalyse zugeführt. Als wesentliche, aber nicht ausschließliche Gründe für diesen Mißstand werden die ständig steigende Nachfrage nach Arbeit und der kontinuierliche Produktivitätszuwachs durch Rationalisierung festgehalten. Hiergegen bleibe die Rolle der Globalisierung der Märkte umstritten, die wohl ambivalent auf das Arbeitslosenproblem eingewirkt haben dürfte.

Als zweites Umbruchsphänomen wird auf die Krise des Sozialstaats eingegangen. Diese zeige sich vor allem in der zunehmenden Zahl der Armen (differenziert nach relativer Armut, Sozialhilfebedürftigkeit und verdeckter Armut) und in der signifikanten Benachteiligung der Familien. Auch hier wird gründliche Ursachenforschung betrieben: Die finanzielle Überlastung der sozialen Sicherungssysteme resultiere vor allem aus der hohen Arbeitslosigkeit, aus der Aufbürdung versicherungsfremder Kosten der deutschen Einheit, aus der bedrohlichen Entwicklung in den neuen Ländern und der gegenwärtigen demographischen Entwicklung, die eine faktische Überalterung unserer Gesellschaft bedeutet. – Im dritten Schritt wird die Bearbeitung der gravierenden Umweltkrise angemahnt. Obwohl das Problem erkannt sei, werde «nicht in der notwendigen Weise reagiert» (79), sondern wir lebten immer noch auf Kosten anderer Länder und künftiger Generationen. Der besonderen Rolle der Landwirtschaft in bezug auf eine verträglichere Entwicklung wird eigene Rechnung getragen. Was fehlt, ist eine Ursachenanalyse. – Als zwei weitere Dimensionen des gegenwärtigen Umbruchs werden der europäische Integrationsprozeß und die globalen

Die Katholische Gemeinde Deutscher Sprache
Brüssel sucht baldmöglichst

eine Gemeindereferentin/ einen Gemeindereferenten oder eine Pastoralreferentin/ einen Pastoralreferenten

die/der bereit ist, mit dem Pfarrer der Gemeinde in der Gemeindeleitung zusammenzuarbeiten und eigenverantwortlich folgende Aufgaben zu übernehmen:

Religionsunterricht an der Deutschen Schule
Brüssel, Kinder- und Jugendarbeit (auch Jugendwochenenden, Sommerlager), theologische Begleitung der Katechetinnen (Erstkommunion, Firmung, Kindergottesdienste), Begleitung von Gesprächskreisen, monatliche Gottesdienstvorbereitung.
Administrative Arbeiten: Datenverarbeitung, Erledigung von Korrespondenz, Redaktion des Gemeinderundbriefs (6 Mal im Jahr).

Anfragen und Bewerbungen bitte richten an:

Pfarrer Bernd Rotermann
Rue A. Fauchille 3A, B-1150 Brüssel
Tel. 00322-735 57 77, Fax 00322-735 53 31

Herausforderungen gestreift und diesbezügliche Chancen und Probleme stichwortartig angesprochen.

▷ Das 3. Kapitel bemüht sich darum, die spezifisch christlichen Perspektiven und Impulse herauszuarbeiten, die für eine Bewältigung der genannten Umbruchsituation von Bedeutung sind. Kurz wird das zugrundeliegende Menschenbild skizziert, das »Freiheit und persönliche Verantwortung wie Solidarität und soziale Verpflichtung beinhaltet« (91). Ausführlich wird dieses im heilsgeschichtlichen Kontext verortet. Für die christliche Soziallehre ergibt sich daraus die Folgerung, daß sie nicht ein abstraktes philosophisches Normensystem ist, sondern die stets neue Reflexion auf die grundlegenden »Perspektiven, Wertorientierungen, Urteils- und Handlungskriterien« des christlichen Glaubens (102). Aus dieser Bestimmung des Ansatzes christlicher Sozialethik entwickelt das Gemeinsame Wort fünf grundlegende ethische Perspektiven:

- Das Doppelgebot der Liebe als die »sittliche Grundidee der biblischen Tradition« (103).

- Die vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten als zentrale Konkretion der Einheit von Gottes- und Nächstenliebe (vgl. Mt 25).

- Soziale Gerechtigkeit als übergeordnetes Leitbild: Sie wird definiert als derjenige gesellschaftliche Zustand, in dem es allen Menschen ermöglicht wird, am gesellschaftlichen Leben in all seinen Dimensionen teilzuhaben und den je eigenen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Daß solcherart verstandene Gerechtigkeit struktureller Voraussetzungen bedarf, wird eigens hervorgehoben. Besonders werden Maßnahmen für wichtig erachtet, die die Teilhabe am politischen Leben, an der Arbeit und umfassender Bildung ermöglichen.

- Solidarität und Subsidiarität als – mindestens in der katholischen Tradition – klassische Prinzipien: Solidarität wird mit der Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* als »feste und beständige Entschlossenheit, sich für das »Gemeinwohl« ... einzusetzen« verstanden (117). Sie gilt zwischen Individuen und Gruppen, aber auch für die internationalen Beziehungen. Mit dem Subsidiaritätsprinzip erfährt Solidarität ihre Ausrichtung und Begrenzung: Hilfe muß immer dazu dienen, die Eigenständigkeit des Hilfsbedürftigen zu fördern.

- Neu stellt das Gemeinsame Wort diesen klassischen Prinzipien als fünfte Grundperspektive den Gedanken der Nachhaltigkeit zur Seite, der in der umweltethischen Debatte der letzten Jahre zum Standard geworden ist. Nachhaltigkeit wird anthropozentrisch verstanden als Solidarität mit den zukünftigen Generationen. Ohne den Begriff inhaltlich näher zu bestimmen, wird er mit dem Retinitätsprinzip verknüpft, das die Berücksichtigung der Vernetztheit von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Problemen anmahnt.

Nicht alle fünf Perspektiven stehen gleichrangig nebeneinander: Das Liebesgebot kann als Horizont der nachfolgenden Perspektiven verstanden werden, aus dem sich für den Konfliktfall die vorrangige Option für die Armen ableiten läßt. Als die zentralen sozialethischen Perspektiven kristallisieren sich Gerechtigkeit und Solidarität heraus, denen Nachhaltigkeit (als intergenerationale Gerechtigkeit) und Subsidiarität (als Sinnspitze der Solidarität) zugeordnet werden. So wird der Titel des Dokuments »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« verständlich.

▷ Auf der Basis der fünf ethischen Grundperspektiven versucht das 4. Kapitel Wege zu einem neuen gesellschaftlichen Grundkonsens anzubahnen. Ohne einen solchen, so das Gemeinsame Wort, sei eine offene und pluralistische Demokratie auf Dauer nicht zu sichern. Sechs Elemente eines solchen Grundkonsenses werden im folgenden entwickelt:

- Die universale Achtung der Menschenrechte.

- Das Verständnis der Bundesrepublik als freiheitlich-soziale Demokratie.

- Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft als ökonomische Rahmenordnung, die mehr sein muß als eine »Nachbesserung« der sozialen Marktwirtschaft. (148)

- Das juristisch nicht einklagbare, aber moralisch bindende

Menschenrecht auf Arbeit und ein sich daraus ergebendes neues Verständnis von Arbeit und Arbeitsteilung.

- Neue Formen von Solidarität und Sozialkultur (Initiativen, soziale Bewegungen und Verbände, Organisationen, ...).

- Die Wahrnehmung internationaler Verantwortung und ihre strukturelle Umsetzung.

▷ Das 5. Kapitel wendet schließlich die im Mittelteil angebahnten Perspektiven auf die im zweiten Kapitel skizzierten Problembereiche an. Bezüglich der Arbeitslosigkeit werden alle gesellschaftlich relevanten Institutionen aufgefordert, das ihnen Mögliche zu tun: Maßvolle Tarifaabschlüsse, Senkung der Lohnnebenkosten, Erschließen der Beschäftigungspotentiale im Bereich neuer Technologien, Verbesserung des Aus- und Fortbildungssystems, Förderung der mittelständischen Industrie und Anregung einer Kultur der Selbständigkeit, Teilen der Erwerbsarbeit, öffentliche Förderung der Arbeit in Sektoren, die allen zugutekommen (Umwelt-, Landschaftspflege, Stadtanierung usw.), dezentrale Arbeitsmarktpolitik und Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit – das sind zentrale Stichworte. – Im Blick auf den Sozialstaat werden Reformen vorgeschlagen: Mit einer Fülle von Anregungen wird dafür plädiert, an den bewährten Grundstrukturen der sozialen Sicherung der Bundesrepublik festzuhalten, sie jedoch nachhaltig weiterzuentwickeln. Weiterhin wird eine Hauptaufgabe darin gesehen, die Solidarität in der Gesellschaft zu stärken. Das soll vor allem über bessere Familienförderung, Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, Sicherung der Zukunftschancen für Jugendliche, Schaffung der inneren Einheit Deutschlands (der »Einheit in den Köpfen«), gerechtere Vermögensverteilung und eine neue Sozialkultur erreicht werden.

Der dritte Abschnitt über die Ökologie liefert die in Kapitel 3.3 fehlende Definition von »Nachhaltigkeit«: Achtung der natürlichen Tragkapazitäten bezüglich Ressourcenentnahme und Schadstoffabgabe, Schaffung von Ersatz für entnommene nicht-regenerierbare Rohstoffe und weitestmögliche Wiederherstellung der bisher beschädigten Natur sind unerläßliche Kriterien nachhaltigen Wirtschaftens. Man hat sich damit für eine mittlere Position zwischen »harten« radikalökologischen und »weichen« industriefreundlichen Definitionen entschieden. Um in diesem Sinne nachhaltig zu wirtschaften, so das Gemeinsame Wort weiter, ist in jedem Fall eine ökologische Umgestaltung des Finanz- und Steuersystems notwendig. Über die Wege dahin könnten die Autoren aber offenbar keinen Konsens erzielen. Die abschließenden Passagen über einen umweltverträglichen Lebensstil lassen über weite Strecken Gedanken der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« anklingen, die gut einhalb Jahre zuvor vom BUND und Misereor herausgegeben wurde.⁹ Kurze Anmerkungen zum Prozeß der europäischen Einigung und zur globalen Verantwortung schließen das Kapitel ab.

▷ Schließlich werden im 6. Kapitel die Aufgaben angesprochen, die sich den Kirchen als Arbeitgebern, Eigentümern von Geld und Grund, Bau- und Hausherrn stellen. Darüber hinaus werden die Grunddienste der Diakonie, der Verkündigung und der Liturgie auf ihre Möglichkeiten untersucht, zu Solidarität und Gerechtigkeit beizutragen. Hier tauchen zwar kaum neue Vorschläge auf, aber eine ehrliche Lektüre seitens aller in den Kirchen Verantwortlichen – vom Bischof bis zum Pfarrgemeinderat oder Jugendgruppenleiter – könnte das Eingeständnis erbringen, daß noch wenig getan worden ist.

Würdigung und Kritik

Es wird nicht möglich sein, das Dokument in all seinen Passagen umfassend zu würdigen. Doch sollen vier Aspekte herausgegriffen werden, die aus ethischer Sicht besonders lohnend erscheinen: Zunächst gilt es, nochmals die neuartige Vorgehensweise in

⁹Vgl. Michael Rosenberger, Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Zur Studie von BUND und Misereor aus moraltheologischer Perspektive, in: Orientierung 60 (1996) S. 111–115.

den Blick zu nehmen. Dann sollen einzelne Detailaussagen des Dokuments – sehr selektiv – gewürdigt werden, ehe einige grundsätzlichere Bemerkungen folgen. Ein geraffter Überblick über Kommentare großer deutscher Zeitungen des kirchlichen und säkularen Bereichs soll diese ergänzen und abrunden.

Die Bereitschaft der Kirchenleitung zum Dialog, die Partizipation sowohl des Kirchenvolkes als auch gesellschaftlicher Gruppen an der Erarbeitung einer kirchlichen Stellungnahme sowie das darin zum Ausdruck kommende Selbstverständnis als Such- und Lerngemeinschaft stellen einen bemerkenswerten Neuan- satz dar. Dies wird auch dadurch nicht geschmälert, daß das Angebot zur Beteiligung in vielen Kirchgemeinden nicht «an- gekommen» ist bzw. nicht aufgegriffen wurde.

Die in der Diskussionsgrundlage aufgeworfenen Fragen wurden weitaus häufiger und intensiver diskutiert, als es die 25000 Seiten Papier der Eingaben festhalten. Wo Kirche als in der Welt ste- hend wahrgenommen wird – wie in diesem Dialogprozeß –, da entstehen neue Bündnisse, da wird Kirche als Anwalt der Nöte der Menschen erlebt. Der Zugewinn an Vertrauen und öffentli- chem Ansehen läßt sich wohl nicht ernsthaft bestreiten.

Zu einzelnen Aussagen

So wichtig der Weg als solcher bereits ist: Auf das Dokument als sichtbares Ergebnis des Prozesses und als Anhaltspunkt für die Weiterarbeit hätte man nicht verzichten können. Deshalb sollen verschiedene wichtige Gedanken einzeln gewürdigt werden:

Zum Thema des *sozialen Ausgleichs* (22ff.) findet das Gemeinsa- me Wort deutliche Worte: Das Prinzip einer begrenzten Umver- teilung der Güter dürfe auf keinen Fall in Frage gestellt werden, Besitzstandswahrung nicht oberstes Ziel der Politik sein. Die faktische Schonung des Überflusses in unserer gegenwärtigen Politik führe zu einer Umverteilung des Mangels auf der ande- ren Seite, die die Sozialpflichtigkeit des Eigentums mißachte und das Gemeinwohlprinzip aushöhle. Fortgesetzt wird dieses Moni- tum mit dem Plädoyer für eine gerechtere Vermögensverteilung (215ff.). Auch der Reichtum müsse thematisiert und problemati- siert werden. Dazu wird neben dem bereits institutionalisierten Armutsbericht gleichberechtigt ein Reichtumsbericht gefordert. Das Papier findet hier mutige und deutliche Worte, wie man sie sich auch an anderen Stellen gewünscht hätte.

Unter dem Stichwort «Sozialkultur» (223) erwähnt das Doku- ment den *Sonntag* nur am Rande. Er hätte eine zentralere Stel- lung verdient gehabt: Der Sonntag als Schutzraum, der Mensch und Tier vor einer totalen Verwertung und wirtschaftlichen Ausbeutung bewahrt, als Grenzmarke für Produktivitätssteige- rung und Prozeßoptimierung in Industrie und Handel und schließlich als das kulturelle Erbe schlechthin der jüdisch-christ- lichen Kultur dreier Jahrtausende – er ist eine Randexistenz in dem Dokument. Eine Rückbesinnung auf die Gemeinsame Er- klärung von 1988 hätte gutgetan.¹⁰

Was die *umweltethischen Themen* angeht, ist ihr Ansatz dezidiert anthropozentrisch, obgleich in (32) mit der Aussage, daß die Menschen die Erde mit allen anderen Geschöpfen teilen, eine eher biozentrische Begründung nahegelegt wird. Mit dem anthro- pozentrischen Ansatz ist zweifellos ein mehrheitsfähiger Grund gewählt. Es stellt sich aber die Frage, ob er in allen Belangen ausreicht. Wenngleich sich die Kirchen für eine grundlegende «Erneuerung der wirtschaftlichen Ordnung... zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft» (11) aus- sprechen, verbreiteten Strukturkonservatismus kritisieren (10) und erkennen, daß Appelle allein nicht genügen (9), bleiben die Aussagen zu den Wegen eines *ökologischen Strukturwandels* (224ff.) auffallend zurückhaltend und unverbindlich. Zwar wird es für erforderlich erachtet, «die wirtschaftliche Struktur- anpas- sung des Steuersystems für ökologische Zwecke zu nutzen»

(227), doch werden dann nur Vorschläge und Meinungen aus der Diskussion um eine ökologische Steuerreform erwähnt, ohne Position zu beziehen. Wird nicht genau hier die Chance veran, die Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu entwerfen?

Grundlegende Bemerkungen

Für die ersten beiden Problembereiche – Arbeitslosigkeit und Sozialstaatskrise – liefert das Gemeinsame Wort eine gründliche *Ursachenanalyse*. Von der Systematik wie von der Sache her stellt es jedoch ein erhebliches Defizit dar, daß in Kap. 2.3 «ökologi- sche Krise» nicht auf die Ursachen und Verursacher der gravis- renden, hinreichend skizzierten Umweltschäden eingegangen wird. Hier bleibt das Dokument sogar hinter der Diskussions- grundlage zurück, in der u.a. der «Egoismus einzelner Industrie- nationen» und die «Kurzsichtigkeit von Branchen» (87) kritisiert worden waren. Vor allem aber war auf die Bedeutung falscher Einstellungen hingewiesen worden: «Die ökologische Krise ist Ausdruck und Folge eines Denkens, das die natürliche Mitwelt des Menschen fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des kurzfristigen ökonomischen Nutzens betrachtet. Unsere Gesell- schaft ist... weiter von einem deutlichen Anspruchsdenken, von Verbrauchs- und Wegwerfmentalität geprägt, die zu Lasten der Natur gehen.» (88) Auf die Gemeinsame Erklärung «Verantwor- tung wahrnehmen für die Schöpfung» aus dem Jahr 1985, in der «Ursachen und Verantwortliche»¹¹ detailliert aufgelistet sind, hät- te man ebenso Bezug nehmen können wie auf die Texte der Öku- menischen Versammlung in Stuttgart (1988) und Basel (1989).¹² Von großer Bedeutung ist es, daß das Gemeinsame Wort sich im Gegensatz zur Diskussionsgrundlage konsequent und durchgän- gig zur Perspektive der *Nachhaltigkeit* bekennt. Nicht nur daß die Ökologie in den Kapiteln 2 und 5 einen eigenen Abschnitt erhält. Vor allem wird im Grundlagenkapitel 3 die Nachhaltig- keit gleichrangig neben die klassischen sozialetischen Prinzi- pien Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität gestellt. Damit wird eine der zentralen Forderungen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio sowie der jüngsten Gut- achten des Sachverständigenrates für Umweltfragen bestätigt. Eine markante Unebenheit in der logischen Abfolge der *Gliede- rungsabschnitte* stellen die Unterkapitel 2.4 und 2.5 dar. Deren Themen, europäische Einigung und globale Verantwortung, sind nicht materiale Felder des gegenwärtigen Umbruchs, sondern kategoriale Dimensionen desselben. Sie stehen daher nicht ne- ben 2.1 bis 2.3, sondern liegen ihnen zugrunde. Das hätte man gliederungstechnisch deutlich machen sollen. Analog gilt dies für das parallel aufgebaute Kapitel 5.

Das *dritte Kapitel* ist insgesamt recht gut gelungen, jedoch fiel der Abschnitt 3.2 wohl zu breit aus. Es fragt sich, welche Funk- tion er im Ganzen des Dokuments hat. Wäre er kürzer gefaßt und dafür unter 3.3.5 die sehr grundlegende Nachhaltigkeitsdefi- nition aus Kap. 5 eingebracht worden, hätte das Kapitel mehr Durchschlagskraft entwickeln können. Es wäre ja eigentlich der Angelpunkt des ganzen Papiers, da es nach dem eigentlichen Se- hen – Urteilen – Handeln den mittleren Schritt darstellt. Unter diesem Gesichtspunkt hätte auch eine schärfere Konturierung der fünf Grundperspektiven gutgetan.

Verbunden mit dem vorgenannten Kritikpunkt ist die Beobach- tung der Tatsache, daß *Kapitel 4* nicht von Kapitel 3 her durch- drungen ist, sondern eher isoliert im Gesamtduktus steht. Allenfalls flüchtige Querverbindungen zu den fünf Grundprinzi- pien lassen sich feststellen. Hier geht der Text außerdem oft so ins Detail, daß sich die Vorschläge weit jenseits des hier angeziel- ten Grundkonsenses bewegen. Haben die Autoren, deren redak- tionelle Tätigkeit angesichts der Fülle von Eingaben zweifellos schwer war, den Wald vor lauter Bäumen noch gesehen?

¹⁰Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Unsere Verantwortung für den Sonntag*, Hannover/Bonn 1988.

¹¹Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Unsere Verantwortung für die Schöpfung*, Köln 1985.

¹²Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Europäische Öku- menische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit*, 1989, S. 14f. und 105.

Ausschnitte aus dem Presseecho

In den ersten Pressemeldungen über das Gemeinsame Wort wurde vor allem auf die Stellungnahmen der Politikerinnen und Politiker, der Gewerkschaften und der politisch relevanten Verbände Bezug genommen. Interessanter scheint aber der Blick in die Kommentare einiger der wichtigsten deutschen Tages- und Wochenzeitungen. Jetzt sei es für Bischöfe und Pfarrer entscheidend, sich im konkreten Fall vor Ort ebenso deutlich für die Benachteiligten einzusetzen wie in der Theorie des Sozialwortes, meinte *Das Sonntagsblatt*.¹³ Der *Rheinische Merkur* lobte die verständliche, präzise und sachliche Sprache.¹⁴ Die Zeitschrift *Christ in der Gegenwart* charakterisiert das Wort als allgemeinverständliche und lesenswerte Denk-Schrift, die nicht moralisierende, sondern argumentiere.¹⁵ *Publik-Forum* fragt, ob das Sozialwort nicht eher ein «Papiertiger» sei, der zwar «viele richtige Prinzipien, aber wenig konkrete Vorschläge enthält». Vom Wunsch nach einem gesellschaftlichen Konsens geleitet, sei ein Dokument herausgekommen, aus dem jede politische Gruppierung herauslesen könne, was ihr nützt.¹⁶

«Die Kirchen sind dort angekommen, wo ihre christliche Gesellschaftslehre zumindest theoretisch schon seit längerem steht», hob die *Süddeutsche Zeitung* hervor und nannte das Wort einen «Segen für den Sozialstaat».¹⁷ Den inhaltlichen Erfolg des Dokuments sah die *Frankfurter Rundschau* begründet in dem «demokratischen Experiment, das die Kirchen vor zwei Jahren begannen». «Und das macht den Charme und die öffentliche Faszination des Kirchenwortes aus: Weg vom Verlautbarungsritual, hin zur Debatte.»¹⁸ Analytisch sei das Dokument auf der Höhe der Zeit, ebenso stehe es konsequent in der Tradition des Evangeliums, urteilte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Allerdings folge das Dokument in seinen Folgerungen zu oft der «Sowohl-als-auch»- bzw. «Einerseits-Andererseits»-Argumentation und gleiche daher teilweise «wirtschaftspolitischen Gemischtwarenläden, die es jedem recht machen wollten». Auch sei eine Reihe der

¹³ Thomas Bastar, in: *Das Sonntagsblatt*, 28. Februar 1997.

¹⁴ Martin Lohmann, in: *Rheinischer Merkur*, 28. Februar 1997.

¹⁵ *Christ in der Gegenwart*, 16. März 1997.

¹⁶ Wolfgang Kessler, in: *Publik-Forum*, 14. März 1997.

¹⁷ Elmar zur Bensen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1. März 1997.

¹⁸ Katharina Sperber, in: *Frankfurter Rundschau*, 1. März 1997.

Detailempfehlungen in der Expertendiskussion längst überholt.¹⁹ *DIE ZEIT* vergleicht das Papier mit der EKD-Denkschrift zur Ostpolitik in den 60er Jahren: «Das Papier ist im Gegensatz dazu nicht visionär, sondern aufs Bewahren bedacht. Es ist im eigentlichen Sinne des Wortes rückwärtsgewandt.» Das sei kein Fehler. In der Analyse habe es die Sorgen der Menschen aufgegriffen und könne so den Blick für deren Nöte schärfen. Aber wo Korrekturen des sozialen und wirtschaftlichen Systems angemahnt würden, sei das Wort lückenhaft und nicht widerspruchsfrei.²⁰

Diese schlaglichtartig gewählten Kommentare brauchen bei näherem Hinsehen kaum als einander widersprechend gelesen zu werden. Vielmehr beleuchten sie die verschiedenen Seiten des Wortes sehr treffend und konvergieren erheblich mit den von uns gemachten Beobachtungen.

Totgelobte leben länger

Insgesamt enthält das Gemeinsame Wort gegenüber dem Entwurf deutliche Verbesserungen. Viele gute Details und Grundsatzprinzipien verdienen Beachtung, nicht zuletzt bei den Beratungen über die anstehenden politischen Reformen. Dennoch ist es nicht der große Wurf geworden, den unsere Gesellschaft so dringend brauchte. Wurden die Visionen, die wir in den Herzen einiger Autoren vermuten, um des Kompromisses willen zu rechtgestutzt?

Bischof Lehmann befürchtet, daß das Papier von den Politikern bereits totgelobt sei. Wenn dem so wäre, läge es nicht nur an den Politikern. So wie das Gemeinsame Wort zwei Jahre der vorbereitenden Diskussion an der Basis durchlaufen hat, soll und muß es «Teil in dem weitergehenden öffentlichen Gespräch» sein (34). Wenn dieses auf breiter Ebene stattfindet, und wenn die so substanziellen Kapitel 2 und 3 als Plattform dafür dienen, dann könnte es möglich sein, den Schwächen des Kapitels 5 zu begegnen und Visionen zu entwickeln. Dafür ist es nie zu spät. Schließlich, daran sei in diesen österlichen Tagen erinnert: Was (von oben) totgelobt wurde, kann durchaus (von unten) wieder auferstehen. Totgelobte leben länger!

Edmund Gumpert und Michael Rosenberger, Würzburg

¹⁹ Rainer Hank, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. März 1997.

²⁰ Nikolaus Piper, in: *DIE ZEIT*, 28. Februar 1997.

Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR

Aufklärung und Verarbeitung der Vergangenheit

«Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.» Mit diesen Sätzen leitete Christa Wolf ihren 1974 erschienenen, gegen die DDR-eigene Verdrängung des Faschismus gerichteten Roman *Kindheitsmuster* ein.¹ Einen ähnlichen Vorspruch wählte Joachim Walther für seine umfangreiche Forschungsarbeit², um für den Bereich der DDR-Literatur Licht in das Dunkel der Mächenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu bringen: «Die Vergangenheit ist Gegenwart, nicht wahr? Wir versuchen uns da herauszulügen, aber das Leben läßt uns nicht» – ein Zitat aus Eugene O'Neill, *Eines langen Tages Reise in die Nacht*. Es scheint in dem nun zu Ende gehenden Jahrhundert geradezu der Deutschen Schicksal zu sein, immer wieder aufs Neue gegen das Vergessen der eigenen, belasteten Vergangenheit anzugehen, um im Hinblick auf eine für die Zukunft tragfähige politische Kultur die Fähigkeit zur Aufklärung und Verarbeitung der Vergangenheit zu gewinnen und unter Beweis zu stellen. Hierzu leistet J. Walther mit seiner Untersuchung einen bedeutsamen Beitrag.

¹ Christa Wolf, *Kindheitsmuster*, Aufbau Verlag Berlin (Ost), 1974, S. 9.

² Joachim Walther, *Sicherungsbereich Literatur, Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik*, Ch. Links Verlag, Berlin 1996, 888 Seiten.

Doch nur wer diese Ausgangsposition teilt, wird Walthers Arbeit positiv zu würdigen wissen; denn gegen sie steht der Einwand zahlreicher und politisch durchaus gewichtiger Stimmen, die den kritischen Rückblick auf 40 Jahre DDR-Diktatur für das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands eher als hinderlich erachten und die Offenlegung der Verstrickungen namhafter Autoren in die vom MfS gesteuerten operativen Maßnahmen gegen ihre Berufskollegen als Demontage der DDR-Literatur mißverstehen. Derlei Vorwürfe wären nicht ganz ohne Berechtigung, würde J. Walther im Stil eines Enthüllungsjournalismus an einer Aufdeckung von Skandalen und persönlichen Diffamierungen interessiert sein. Doch ihm geht es um eine Enthüllung anderer Art, die daraus ihren Sinn bezieht, daß die DDR – nicht anders als andere Diktaturen – darauf aus war, «ihren totalen Machtanspruch hinter einem ideologischen Gewand zu verhüllen, das aus den Fasern der Philosophie und Ethik gewebt und mit den Emblemen utopischer Verheißung bedruckt wird». (7) Ohne die Vertreter des Geistes, unter ihnen auch und vor allem die Schriftsteller, ist dieses verhüllende Gewand schwerlich zu weben. Doch nicht minder geht von ihnen die Gefahr aus, den Schleier zu zerreißen und den Kaiser nackt erscheinen zu lassen. Dies erklärt das fundamentale Interesse eines jeden totalitären Systems an der Literatur und den Literaturen und macht sie zu einem «Sicherungsbereich» par excellence.

Damit ist eine weitere Voraussetzung gegeben, von der aus J. Walthers Bemühung um Aufklärung und Verarbeitung des problematischen Verhältnisses von Schriftstellern und Staatssicherheit zu verstehen ist: sein Bekenntnis zur Moralität der Literatur. Dabei weiß der Autor selbstverständlich um die mannigfachen Belege, daß die Amoralität eines Autors durchaus mit der literarischen Qualität seiner Werke einhergehen kann. Dennoch meint er, «daß eine inoffizielle Geheimdienstmitarbeit nicht nur Verrat an Personen, sondern auch Verrat an der Kunst bedeutete...» (10); und er schließt die Frage an: «Ist es tatsächlich Moralismus oder gar moralischer Rigorismus, davon überzeugt zu sein, daß neben etlichen sittlichen Grundsätzen der Menschheit, unserem zivilisatorischen Grundgesetz, zu allen Zeiten und universal das Ethos der Literatur gilt?» (10) Das «Ethos der Literatur» kommt denn auch auf den Seiten seiner Untersuchung dort zur Sprache, wo sich Autoren der Werbung durch das MfS widersetzt, sich aus anfänglichen Verstrickungen befreit und um die Freiheit der Literatur von den Zwängen des Systems gekämpft haben.

Persönliche Betroffenheit des Autors

Den «Sicherungsbereich Literatur» anhand der Aktenbestände des MfS zu durchleuchten, stellt an den, der diese Aufgabe übernimmt, höchste Anforderungen. Es war gewiß ein besonderer Glücksfall, daß für dieses anspruchsvolle Unternehmen jemand mit allerbesten Voraussetzungen gewonnen werden konnte: 1943 in Chemnitz geboren, ist Joachim Walther gleichsam ein Kind der DDR. Nach seinem Studium der Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte war er längere Zeit im Literaturbereich tätig, von 1968 bis 1983 als Lektor und Herausgeber im Buchverlag «Der Morgen», seit 1972 Mitglied des DDR-Schriftstellerverbandes und zeitweilig Redakteur der «Temperamente». Als er sich 1983 entschloß, als freier Schriftsteller zu arbeiten, hatte er bereits eine Reihe von Konflikten mit der Kulturbürokratie und dem MfS zu bestehen gehabt. Ins Visier der Staatssicherheit geriet J. Walther in Zusammenhang mit der gemeinsam mit seinem Schriftstellerkollegen *Klaus Schlesinger* geplanten Anthologie «Berliner Geschichten», für die Mitte der 70er Jahre eine Reihe von Autoren gewonnen werden konnte und die nicht in einem der offiziellen Verlage, sondern in einem Selbstverlag erscheinen sollte.³ Dies war ein Verstoß gegen die von der SED vorgegebenen Strukturen und wurde denn auch seitens des MfS entsprechend bewertet, das darin geradezu eine Vorbereitung «zur Durchführung einer Konterrevolution» (404) sah und entsprechend reagierte. *Erich Mielke* höchstpersönlich ordnete an, dieses Vorhaben «mit allen Mitteln und Möglichkeiten» zu zerschlagen (404), und zwar mit dem Einsatz aller Kräfte und Nutzung aller dem MfS zur Verfügung stehenden Mittel..., jedoch stets unter Wahrung strengster Konspiration...» (404) Gegen J. Walther wurde mit dem üblichen und üblen Einsatz eines für das MfS inoffiziell tätigen Schriftstellerkollegen ein Operativer Vorgang eingeleitet, der in seinen Maßnahmenplänen mit der Verhinderung des Projekts zugleich auf die «Zersetzung» der an seiner Verwirklichung beteiligten Autoren ausgerichtet war.

Joachim Walther war somit für den Literaturbereich ein von den Maßnahmen des MfS persönlich betroffener Insider. Auch wenn es – wie er schreibt – «wahrlich erfreulichere Stoffe gibt» (824), so waren für ihn doch die vier Jahre, in denen er eine kaum vorstellbare Masse an Aktenmaterial durchgesehen und erarbeitet hat, für ihn «keine verlorene Zeit» (824), sieht er doch in seiner Arbeit «die moralische Pflicht, diesen Teil jüngster deutscher Vergangenheit aufzuklären, da ihm mit den Mitteln des Strafrechts offenbar nicht beizukommen ist.» (824)

Strukturelle Bewältigung der Stoffmasse

Wer einmal – zu welchem Teilbereich auch immer – in der Gauck-Behörde recherchiert hat, der weiß um die Schwierigkeit,

³Vgl. Wolfgang Schlott, *Berliner Geschichten*, in: *Orientierung* 61 (1997), S. 48.



30tägige Exerzitien

nach der Art des Ignatius von Loyola
vom 22. August bis 21. September 1997
Leitung: Jean Rotzetter SJ

Auskunft und Anmeldung:

Notre Dame de la Route
17, Chemin des Eaux-Vives
1752 Villars-sur-Glâne/Fribourg
Tél. (026) 409 75 00

eine Fülle unterschiedlichster Dokumente wie die Berichte der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) und deren offizielle Auswertung, die auf ihnen basierenden Maßnahmenpläne in Form von Operativen Personenkontrollen (OPK) und Operativen Vorgängen (OV), die schier endlosen Mielke-Referate und umfangreichen Richtlinien in eine Ordnung zu bringen und ihren jeweiligen Stellenwert zu bestimmen. Diese Strukturierung einer kaum überschaubaren Fülle an Quellentexten ist J. Walther überzeugend gelungen. Da im Rahmen dieser Besprechung nicht sämtliche Aspekte seiner Untersuchung behandelt werden können, soll zumindest dem Leser ein grober Überblick über die vier Hauptabschnitte dieser Arbeit geboten werden.

Nach einer die Grundposition des Autors bestimmenden Einleitung beschreibt J. Walther die kulturpolitische Funktion des MfS, wobei er im einzelnen sowohl die Machthierarchie der Staatssicherheit als auch ihr Verhältnis zur SED verdeutlicht sowie in einem historischen Exkurs dem bleibenden Auftrag des MfS und den sich wandelnden Methoden im «Sicherungsbereich Literatur» nachgeht.

Der zweite Hauptteil ist dem Apparat als solchem gewidmet. Dabei unterscheidet J. Walther bezüglich des «Sicherungsbereichs Literatur» eine frühe (1950–1963), eine mittlere (1963–1976) und eine letzte Phase (1976–1989), deren jeweilige Strukturen und personelle Besetzungen er detailliert darlegt.

Mit rund 550 Seiten fällt die Darstellung der Methoden des MfS im dritten Abschnitt am umfangreichsten aus. J. Walther legt das gesamte operative Instrumentarium des MfS offen, wobei in diesem Zusammenhang die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) eine entscheidende Rolle spielen. Auf ihre Bedeutung, Typologie und Werdegänge legt er denn auch besonderes Gewicht. Schließlich geht er auf die einzelnen Bereiche des von einem unsichtbaren Netz von IM überzogenen Sicherungsbereiches ein: auf den Schriftstellerverband, die Verlage, die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel, das PEN-Zentrum der DDR, die Akademie der Künste, die Literaturzeitschriften und das Ministerium für Kultur. Zumal diese gründliche Überblicksdarstellung verleiht seiner Arbeit den Wert eines bleibenden Nachschlagewerks. Den Schluß des Buches bildet ein Anhang mit ergänzenden Materialien und Übersichten, der u.a. Kurzbiographien hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS, ein bei der Abkürzungsmanie des MfS unbedingt notwendiges Abkürzungsverzeichnis sowie ein Personen- und Decknamenregister umfaßt.

Die Quellenlage

Joachim Walthers Untersuchung fußt ausschließlich auf dem bis zur Wende geheimen Aktenmaterial, das nunmehr – entsprechend aufbereitet – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dabei erwies sich eine Begrenzung der Aktenflut auf die Ära Honecker, also auf die letzten zwei Jahrzehnte der DDR, als notwendig, wobei selbst für diesen Zeitraum ange-

sichts noch nicht gesicherter Aktenbestände keine Vollständigkeit beansprucht werden kann.

Es fragt sich natürlich, welchen Wahrheitsgehalt die Akten des MfS überhaupt besitzen. Auch hier zeigt sich in der öffentlichen Diskussion eine durch zwei extreme Gegenpole gekennzeichnete breite Meinungspalette: Während die einen den Wahrheitsgehalt der MfS-Unterlagen rundweg in Abrede stellen, pflegen andere mit ihnen einen sehr naiven, unreflektierten Umgang. J. Walther ist sich durchaus des begrenzten Aussagewerts des von ihm erarbeiteten Materials bewußt, das «kein objektives Bild des wirklich gelebten Lebens» vermittelt (16), sondern die selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit durch das MfS spiegelt. Dennoch besitzt seiner Meinung nach diese verschriftete Sichtweise für die Analyse eines totalitären Systems sowie für die Entwicklung einer demokratischen Kultur einen nicht zu unterschätzenden Erkenntniswert.

Doch selbst unter der Einschränkung selektiver Wahrnehmung und besonderer Sichtweise bleibt die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der Quellen. Sie läßt sich angesichts der Unterschiedlichkeit der Dokumente nicht generell beantworten, sondern verlangt eine Prüfung von Fall zu Fall. Dies weiß auch J. Walther, der selbst «vor generalisierenden Wertungen derart umfangreicher und heterogener Bestände» warnt, dann aber doch folgende Auffassung vertritt: «Von allen hinterlassenen DDR-Dokumenten kommen die MfS-Akten der DDR-Wirklichkeit am nächsten, da die konspirative Informationsgewinnung und deren Zweck dem Zwang zum Schönfärben nicht in dem Maße unterworfen war wie die anderen DDR-Informationssysteme.» (17) Ein besonderes Problem – zumal für die Sprachsensibilität eines Schriftstellers – ist die schwer zu ertragende «lingua securitatis». Ähnlich wie in der Sprache des Dritten Reiches⁴ verrät sich in ihr die Menschenfeindlichkeit des Systems. Wer im Jargon des MfS als «Andersdenkender» auffiel, wurde bereits als «feindlich-negativ» klassifiziert, auf seine Initialen verkürzt oder als «Element» bezeichnet und damit sprachlich entpersönlicht. Gegen solche «Elemente» vorzugehen, war der Kampfauftrag des MfS, das sich denn auch einer auffälligen Militanz der Sprache bediente, in der sich «Worte wie <gezielt>, <zielsicher>, <Zielobjekt>, <Zielperson> oder <zerschlagen>, <vernichten>, <liquidieren>, <ins Visier nehmen> häufen.» (24) Schlimmer noch: Das MfS hat es verstanden, Werte wie Wahrheit und Vertrauen für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. «So wurden die Sprachregler der Stasi zu Schöpfern eines neuen Menschentypus, der in einem konspirativen System der Verstellung und der Lüge die Wahrheit sagte, ehrlich andere Menschen täuschte und der jemandes Vertrauen nur deshalb errang, um es verraten zu können.» (23)

Aufbau und Struktur des Repressionsapparats

Die Konzentration der öffentlichen Debatte auf die Aktivitäten des MfS erweckt leicht den Eindruck, die Staatssicherheit sei allein für die Repressionen gegen Schriftsteller und ihre Werke verantwortlich. Diesem verbreiteten Irrtum wirkt J. Walther dadurch entgegen, daß er den mit offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern geradezu flächendeckend ausgebauten Apparat des MfS als integralen Bestandteil des Systems nachweist. Als «Schild und Schwert» der Partei bestand seine Aufgabe darin, das System nach den Vorgaben der Partei zu sichern. Die Lösung dieser Aufgabe verlangte auf allen Ebenen eine Vernetzung mit den verschiedensten Institutionen und Entscheidungszentren der SED.

Dabei war das MfS jedoch keine subalterne Instanz ohne eigenen Spielraum. Vielmehr ist die Vernetzung im Sinne einer Wechselwirkung zu verstehen, die auch eine Einflußnahme des MfS auf Beschlüsse der Partei impliziert. Dies war vor allem durch die Person von Erich Mielke garantiert, der als Minister

für Staatssicherheit (ab 1957) seit 1971 zugleich dem Politbüro angehörte.

Im Rahmen des MfS fiel der «Sicherungsbereich Literatur» seit 1969 in die Zuständigkeit der Hauptabteilung (HA) XX/7. Sie teilte damit die Aufgabe der HA XX, durch eine personen- und vorgangsbestimmte Kontrolle staatlicher Einrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen einer politisch-ideologischen Diversion (PID) entgegenzuwirken und jede politische Untergrundtätigkeit (PUD) zu unterbinden. Dies führte in der Praxis zu einer weitgehenden Bespitzelung der Bevölkerung durch ein wahres Heer von IM. Dieser Umstand macht es verständlich, daß sich Untersuchungen des repressiven Charakters des MfS vornehmlich auf die HA XX mit ihren Unterabteilungen, Arbeits-, Auswertungs- und Kontrollgruppen konzentrieren.

Die Schriftsteller lagen allerdings als gesonderte Zielgruppe nicht schon mit der Gründung des MfS (1950) im Visier der Staatssicherheit. Die Intensivierung ihrer Überwachung fällt mit der im März 1964 vollzogenen Umstrukturierung des Apparats zusammen. Durch eine Umstrukturierung der bisherigen HA V entsteht nunmehr als «Kernstück des nach innen gerichteten Repressionsapparats» (151) die HA XX, deren Referate II und III einzelne Objekte «aus dem Bereich Kultur <bearbeiten> bzw. <absichern>» sollten. (155) Doch war der Personalbestand beider Referate noch relativ wenig ausgebaut. Erst als die SED-Führung aufgrund einer Analyse des «Prager Frühlings» (1968) zu der Ansicht gelangte, «daß der Klassenfeind <bei der Organisation der Konterrevolution und Formierung seiner Kräfte immer von dem scheinbar unpolitischen Bereich der Kunst ausgeht>», beauftragte Erich Mielke mit der Dienstanweisung 3/69 vom 18. Juni 1969 die Abteilung 7 der HA XX mit der «Organisation der politisch-operativen Arbeit in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel». (157) Die HA XX/7 wurde in den folgenden Jahren gigantisch ausgebaut. Diese Entwicklung kann als Indiz dafür gewertet werden, daß in den Entscheidungszentren der SED die Autonomiebestrebungen im Literaturbereich zunehmend als innere Gefährdung des Systems verstanden wurden. Besonders signifikant sind die mit dem Machtantritt von Erich Honecker verstärkteinsetzenden Liberalisierungsbestrebungen unter den Schriftstellern, die letztlich nicht mehr zu kanalisieren waren. Ein Schlüsseldatum dieser Entwicklung stellt die Ausbürgerung von *Wolf Biermann* im November 1976 dar, die unter den Autoren trotz verstärkter Repressionen seitens des MfS zu einer vom System kaum erwarteten Solidarisierung führte. Diese hat nach Meinung von Klaus Schlesinger zu dem «geistigen Erosionsprozeß» beigetragen, «der in der DDR vierzehn Jahre später zum explosiven Zerfall des gesamten Machtapparats, einschließlich seines konspirativen Arms, des Ministeriums für Staatssicherheit, führte».⁵

Grundlage für die Repressionen im Literaturbereich bildete die bereits erwähnte Dienstanweisung 3/69, die bis in die Untergangsphase der DDR gültig blieb. Sie enthielt nicht nur die verschiedenen unter Kontrolle zu haltenden Bereiche, sondern «auch genaue Vorgaben für die politisch-operative Arbeit». So gab sie «die Kriterien für die Neuerbung von IM an, erläuterte das Wesen der Zusammenarbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern im Kulturbetrieb und behandelte die operative Aufklärung, Bearbeitung und Kontrolle <negativer> und <feindlicher> Personenkreise». (158)

Eine verschärfende Interpretation der Dienstanweisung 3/69 zeigt das Referat von Erich Mielke, das dieser vor ranghohen Stasioffizieren auf der Dienstbesprechung vom 13. Juli 1972 gehalten hat. Den Hintergrund bildet der vorangegangene VIII. Parteitag, der mit der Machtübernahme Honeckers Hoffnungen auf eine flexiblere Kulturpolitik geweckt und unter den Schriftstellern Liberalisierungstendenzen verstärkt hatte. Diese zurückzudrängen, ist denn auch der Tenor des Mielke-Referats, das zu einer intensiveren Überprüfung und Überwachung der Autoren

⁴Vgl. Victor Klemperer, LTI, Notizbuch eines Philologen, Reclam, Leipzig 1968.

⁵Klaus Schlesinger, Macht, Literatur, Staatssicherheit, in: Text + Kritik 120/1993, S. 33.

auffordert. Was allerdings das praktische Vorgehen gegen unliebsame Schriftsteller betrifft, so nimmt Mielke diese in seinem Grundsatzreferat von strafrechtlicher Verfolgung weitgehend aus und verlangt eine subtilere Vorgehensweise, die darauf ausgerichtet sein müsse, «zersetzend zu wirken, sie unglaublich zu machen und zu isolieren, Mißtrauen zu erzeugen, um sie am feindlich-negativen Wirken zu hindern, um ihnen die Basis für ihr Wirksamwerden zu entziehen...» (84)

Der Einsatz inoffizieller Mitarbeiter

Die Wahrnehmung dieses Auftrags verlangte eine Totalüberwachung unter weitgehendem Einsatz inoffizieller Mitarbeiter. J. Walther gibt für das Jahr 1988 insgesamt 173 000 in der DDR im Einsatz befindliche IM an, was dem Verhältnis von einem IM auf 120 DDR-Bürger entspricht. Für den Literaturbereich war dieses Netz noch um einiges dichter. Der Autor dokumentiert in seiner Untersuchung 126 als IM im literarischen Bereich tätige Schriftsteller, davon 66 Freiberufler. Hinzu kommen für den Zeitraum von 40 Jahren weitere 350 IM, die von Walther nicht dokumentiert wurden. Die Maschen des IM-Netzes werden um so enger, je bedeutsamer die Personen und Institutionen sind. Die zentrale Leitung des Schriftstellerverbandes (Präsidium, Vorstand und Revisionskommission) umfaßte 1987 123 Mitglieder, von denen nachweislich 49 inoffizielle Kontakte zum MfS unterhielten. Von den 19 Präsidiumsmitgliedern waren sogar zwölf entweder frühere oder aktuelle IM.

Die Offenlegung der IM, deren Decknamen Walther generell enttarnt, ist der wohl delikateste Teil seiner Recherche. Er rechtfertigt sie mit dem Hinweis auf die verpaßte Selbstaufklärung der Betroffenen, die es leider notwendig mache, «Licht ... in die einst streng gehütete Dunkelzone» zu bringen, wobei der Autor zugleich betont, daß damit «nur eine Seite ihres vergangenen Lebens» beleuchtet werde, «das in dem Begriff IM nicht aufgeht». (467) Auch wehrt er sich gegen den Eindruck, «als seien die IM der Grund allen Übels», da das Denunziantentum bereits «ein gesellschaftliches Klima des Mißtrauens, der Lüge und des Verrats» voraussetze. Zudem weiß Walther zwischen IM und IM zu differenzieren. So führt er in seinen Fallbeispielen inoffizielle Mitarbeiter jeglicher Schattierung vor: den skrupellosen Denunzianten, den Überzeugungstäter, den Karrieristen, aber ebenso jene, die keine personenbezogenen Daten lieferten oder glaubten, durch ihre Mitarbeit anderen helfen zu können.

Der Begriff «IM» entstammt dem Sprachgebrauch des MfS und wurde erst nach der Wende bekannt. Nach einer Definition aus dem Jahr 1979 stand die Bezeichnung für «Bürger der DDR und anderer Staaten, die auf der Grundlage ihrer objektiven und subjektiven Voraussetzungen Aufträge des MfS konspirativ erfüllen». (470) Ihnen wurde eine schriftliche Verpflichtung abverlangt und sie erhielten einen Decknamen. Gewonnen wurden sie aufgrund einer zuvor festgelegten Werbungsgrundlage. Die einfachste und häufigste Werbung geschah auf der Basis «politisch-ideologischer Überzeugung» (487), doch belegt J. Walther auch andere Formen wie Erpressung, materielle Anreize und persönliche Interessen. Die Untersuchung bietet eine Fülle dokumentierter IM-Berichte, einzelne Fallbeispiele sowie eine auf den differenzierten Einsatz bezogene Typologie der IM.

Der aufwendige Einsatz der IM in den verschiedensten Literaturbereichen diente der «operativen Aufklärung» unter der Frage «Wer ist wer?» Dabei verfolgte das MfS das grundsätzliche Ziel, alle Schlüsselpositionen mit inoffiziellen Mitarbeitern oder – bei Spitzenämtern – mit offiziellen Kontaktpersonen zu besetzen, wobei für «hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter (HIM) Scheinarbeitsverhältnisse geschaffen wurden, die für den IM zudem den Vorteil eines festen Gehalts boten. Weiter war der Einsatz der IM darauf gerichtet, von der Kulturpolitik der Partei abweichende Tendenzen frühzeitig zu erkennen und zu neutralisieren. In diesen Zusammenhang gehört auch die Verhinderung kulturpolitisch brisanter Buchproduktionen, wofür Walther neben der bereits erwähnten Anthologie «Berliner Geschichten»

eine ganze Reihe von Beispielen anführt. Schließlich war das MfS daran interessiert, öffentliche Lesungen von Autoren zu überwachen und – zumal in den 80er Jahren – die sich außerhalb des Literaturbetriebs bildenden Gruppierungen (z. B. am Prenzlauer Berg) zu unterwandern und zu steuern.

Operative Bearbeitung

Bei der operativen Bearbeitung einzelner Autoren ging das MfS ebenso gezielt wie differenziert vor. Sobald es Anhaltspunkte für «feindlich-negative» Einstellungen oder gar Handlungen gab, wurde die Staatssicherheit aktiv. Zur Klärung des Sachverhalts wurde in der Regel eine OPK eingeleitet, die mit dem Einsatz offizieller wie inoffizieller Mitarbeiter bereits weitgehende Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte wie Briefzensur, Telefonüberwachung, spezielle, von den IM wahrzunehmende Aufträge u.ä. vorsah. Sollten sich die Verdachtsmomente nach Einschätzung des MfS bestätigen, wurde ein OV eröffnet, um strafrechtlich relevantes Beweismaterial zu sammeln bzw. gegen die «Zielperson» mit «Zersetzungsmaßnahmen» vorzugehen. Sah das MfS eine besondere «Gefährlichkeit feindlicher Stellen und Kräfte» als gegeben an, die eine Zusammenarbeit der HA XX/7 mit anderen Dienstseinheiten erforderlich machte, kam es – wie beispielsweise gegen Wolf Biermann, Jürgen Fuchs und Robert Havemann – zur Einleitung eines Zentralen Operativen Vorgangs (ZOV). Die «ganze Perfidie, die kriminelle Energie und volle Verfolgungswucht der Staatssicherheit» läßt sich vor allem anhand von ZOV verdeutlichen. So steht in den Maßnahmeplänen gegen *Wolf Biermann* u.a. zu lesen: «Manuskriptdiebstähle und Unbrauchbarmachung von technischen Hilfsmitteln ... durch gleich zu erkennende Eingriffe ... Verbreitung sinnentstellender Verfälschung – Nachahmung von Texten und Musik ... Zerstörung seines Persönlichkeitsbildes durch negative Beeinflussung seiner Lebensgewohnheiten, z.B.: zum Alkoholmißbrauch veranlassen, zu sexuellen Ausschweifungen (Minderjährige) veranlassen (Möglichkeiten für E[rmittlungs]V[erfahren] durch K[riminalpolizei] prüfen und veranlassen) – Liebesverhältnisse, die bestehen, zerstören – falsche ärztliche Behandlung ...» (361f.) Diese Form der Verfolgung erstreckte sich über die DDR hinaus auch auf das «Operationsgebiet» Bundesrepublik bzw. Westberlin. So inszenierte das MfS gegen den längst in Westberlin lebenden Autor *Jürgen Fuchs* ein Horrorszenarium besonderer Art: nächtlicher Telefonterror, fingierte Aufträge für verschiedenste Dienstleistungen, von der Taxibestellung bis zur Ungezieferbekämpfung – und dies alles mit dem Ziel, Jürgen Fuchs durch derlei Maßnahmen «in konzentrierter Form ... zu verunsichern und in seinem Handlungsspielraum zu beeinträchtigen...» (363)

Schriftsteller waren in der DDR in seltsamer Auslegung besonderer Straftatbestände wie «staatsfeindliche Hetze», «landesverräterische Nachrichtenübermittlung» oder «ungesetzliche Verbindungsaufnahme» besonders gefährdet. J. Walther führt denn auch eine ganze Reihe von Beispielen an. Allerdings kam es nur in seltenen Fällen zu Verhaftungen und Freiheitsstrafen. Immerhin zählt Walther für den Zeitraum von 1945 bis 1989 insgesamt 43 Fälle inhaftierter Schriftsteller «als verlässliche Untergrenze». Die Zahl läge weit höher, hätte die SED-Führung nicht wegen der Reaktion der Weltöffentlichkeit um ihr Image gefährdet. So war man beispielsweise bemüht, gegenüber entsprechenden Interventionen des internationalen PEN, dem auch die DDR angehörte, den – allerdings allzu fadenscheinigen – Nachweis zu führen, «daß die bei uns verhafteten und verurteilten Schriftsteller nicht wegen ihrer schriftstellerischen Tätigkeit oder Gesinnung verurteilt wurden, sondern wegen Handlungen, die mit den Gesetzen unserer Republik in Widerspruch stehen und der strafrechtlichen Verfolgung unterliegen.» (374) Zumal nach Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki (1975) wurden die gegen Autoren ohne strafrechtliche Konsequenzen eingeleiteten OV die «bevorzugte Form der politischen Verfolgung». (408) Allerdings besteht keine Veranlassung, diese

Art geheimdienstlicher Repression zu verharmlosen, durch die die Betroffenen für längere Zeit einer Bedrohung ausgesetzt waren, «die sie zwar deutlich spüren, aber nicht fassen und ihren Nächsten nicht beweisen konnten, so daß sie mitunter in Verdacht gerieten, alles lediglich zu halluzinieren und an Verfolgungswahn zu leiden – was vom MfS unter anderem auch beabsichtigt war.» (408) Um einen OV am Ende nicht doch mit einer Inhaftierung abschließen zu müssen, ging das MfS zunehmend dazu über, den «bearbeiteten» Autoren die Ausreise in den Westen zu erlauben oder geradezu aufzudrängen. Auf diese Weise kam es seit Mitte der 70er Jahre zu einem wahren Exodus von DDR-Autoren sowie zu der seltsamen Erscheinung, daß ein beachtlicher Teil der DDR-Literatur jener Jahre in der Bundesrepublik bzw. in Westberlin geschrieben und publiziert wurde.

J. Walther nennt rund 100 Namen von Autoren, gegen welche die HA XX/7 in den 70er und 80er Jahren operativ vorging. Da einige Autoren der Veröffentlichung ihrer jeweils mit einem Code versehenen Namen nicht zustimmten und nicht alle Klarnamen der verschlüsselten OPK und OV feststellbar waren, schätzt Walther die Gesamtzahl der in den letzten zwei Jahrzehnten «bearbeiteten» Autoren auf mindestens 150. Um sich von den OV ein konkretes Bild machen zu können, stellt er einzelne Fälle detailliert dar, wobei einem angesichts des stasideutschen Wortschatzes bei der Lektüre schaudert und beim Blick in den Abgrund menschlichen Verrats und zynischer Menschenverachtung Übelkeit aufsteigt.

Neinsager und Aussteiger

Joachim Walthers Untersuchung erlaubt dem Leser allerdings auch einen Perspektivenwechsel. Wenngleich der Autor seine vordringliche Aufgabe darin sieht, die dunklen Machenschaften des MfS ins helle Licht zu rücken und seine menschenverachtenden Mechanismen offenzulegen, so treten dadurch doch zugleich auch die Opfer in Erscheinung, deren Leiden mitunter nicht weniger verborgen blieben und deren Widerstandskraft Respekt abnötigt. Dieser zumeist stille Widerstand, mit dem sich Autoren den Ansprüchen des Systems versagten, erscheint als die positive Kehrseite der DDR-Diktatur. Es spricht schließlich für die Schriftsteller in der DDR, daß sie sich in ihren literarisch besten Vertretern von den ideologisch bedingten kunstfeindlichen Auflagen der Kulturbürokratie fortschreitend emanzipiert und die Autonomie der Literatur gegen den Repressionsapparat des MfS erkämpft haben, so daß weite Bereiche der DDR-Literatur über die Wende hinaus ihre Bedeutung behalten werden.

Neben den Opfern heben sich auch die Neinsager von dem dunklen Hintergrund der Repression ab. J. Walther macht dies anhand von abgelehnten Werbungen deutlich. Wenngleich er diesem Thema nur wenige Seiten widmet, so sind sie ihm doch «mit Abstand das angenehmste Teilkapitel und insofern bedeutsam, da es nachweist, daß es entgegen der Schutzbehauptung der einst inkorporierten IM möglich war, das Werbungsansinnen des MfS mit einem klaren Nein zurückzuweisen.» (724) Wenig überzeugend ist daher die verbreitete Rechtfertigungsstrategie entarnter IM, die sich damit herauszureden versuchen, die Ablehnung einer Werbung sei wegen der zu erwartenden Konsequenzen nicht zumutbar gewesen. Wer sich ihr dennoch widersetzt hat, wußte selbstverständlich auch nicht, welche nachteiligen

Folgen seine Ablehnung nach sich ziehen konnte; er hat sich trotzdem geweigert und damit den Beweis geliefert, «daß auch in der DDR universale ethische Werte nicht außer Kraft gesetzt und die Unterschiede zwischen Recht und Unrecht, Moral und Unmoral durchaus erkennbar waren.» (724)

Den Neinsagern vergleichbar sind die sogenannten «Aussteiger», die sich aus einer MfS-Verstrickung durch deutliche und unmißverständliche Erklärung oder einen bewußten Akt der Dekonspiration zu befreien verstanden. Auch sie widerlegen die Behauptung ehemaliger IM, ein Ausstieg sei unmöglich gewesen. Zwar zielte die eingegangene Verpflichtung auf eine vom IM nicht einseitig auflösbare Bindung, doch die Ankündigung strafrechtlicher Verfolgung hatte vor allem die Funktion der Einschüchterung und zog kaum einmal negative Konsequenzen nach sich. Bezeichnend ist zudem, daß es in nicht wenigen Fällen zu dem Entschluß, auszusteigen, durch den Kontakt gerade mit der Person kam, die der IM zu «bearbeiten» hatte. «Zudem nahm die Häufigkeit des Aussteigens mit dem fortschreitenden Niedergang der DDR und der Desillusionierung ihrer Bürger zu, weshalb sich an diesen IM-Werdegängen neben der individuellen auch die gesellschaftliche Entwicklung ablesen läßt.» (673) Eine weniger dramatische Form des Aussteigens liegt bei jenen Fällen vor, bei denen das MfS wegen der Ineffizienz eines IM das Interesse an einer weiteren Mitarbeit verlor. Dies gilt beispielsweise für *Christa Wolf*, die 1959 in jungen Jahren ohne schriftliche Verpflichtungserklärung unter dem Decknamen «Margarete» angeworben worden war, offenbar aber nur allgemeine Auskünfte erteilt und es dazu abgelehnt hat, sich zur Berichterstattung in konspirative Wohnungen einzufinden. So erlahmte das Interesse des MfS an ihrem IM und wurde erst Jahre später neu geweckt – dann allerdings wegen «negativ-feindlicher» Auffälligkeit, so daß gegen *Christa Wolf* unter dem Code «Doppelzüngler» ein OV eingeleitet wurde. Sie ist im übrigen nicht das einzige, wohl aber das prominenteste Beispiel für das Faktum, daß einmal als IM geführte Autoren später zur Zielscheibe repressiver Maßnahmen wurden.

* * *

Wer sich durch diese mit 888 Seiten äußerst umfangreiche Untersuchung hindurchgearbeitet hat, fragt sich am Ende, wie eine mit einem derartigen Repressionsapparat ausgerüstete Diktatur so sang- und klanglos von der Weltbühne verschwinden konnte. Darauf gibt J. Walther in seinen Nachbemerkungen eine ebenso einfache wie klare Antwort: «Staatsformen jedoch, die diese niederen menschlichen Eigenschaften notwendig brauchen, um bestehen zu können, sind auf Untergang programmiert.» (827) Und er scheut sich nicht, in diesem Kontext – bei Wahrung aller signifikanten Unterschiede – den einst real existierenden Sozialismus der DDR dem Nationalsozialismus zur Seite zu stellen. Wer daher für eine immer noch nicht abgeschlossene Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eintritt, der kann sich nicht im gleichen Atemzug für eine Schließung der MfS-Akten aussprechen, geht es doch in beiden Fällen darum, «dem einstigen Herrschaftswissen, das ein exklusives Geheimwissen war, durch die Veröffentlichung seine heimliche und deshalb unheimliche Macht über Menschen zu nehmen und es damit zu einer Res publica zu machen.» (828) *Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen*

«Ich habe ein Licht entzündet»

Tommaso Campanellas Kerkergedichte in einer neuen Übersetzung

In der 1729 in Frankfurt erschienenen «Unpartheyischen Kirchen- und Ketzerhistorie» zitiert Gottlieb Arnold die Aussage eines Mannes, der von seinen Feinden schrecklich gefoltert worden ist: «Dieses habe ich erfahren, da ich 40 stunden lang an einem strick hängen mußte, daran mir die Arme hinterwärt gedrehet und gebunden, auch andere stricke biss auf die knochen zusammen gerädelt waren... Endlich hielten sie mich nach

40 Stunden vor todt und höreten auf mich zu peinigen, die meisten von denen umstehenden fluchten und machten mir die schmerzen grösser, indem sie an dem strick schüttelten... Dieses aber habe ich dabey erfahren, daß es bei uns stehe, beleidiget zu werden oder nicht.»

Der Mann, von dem Arnold dies berichtet, ist der Dominikaner Tommaso Campanella, der von 1599 bis 1626, 27 Jahre, in ver-

schiedenen Gefängnissen der spanischen Oberherren in Neapel festgehalten und gefoltert wurde. Nach einem Monat Freiheit wurde er allerdings von neuem von der Römischen Inquisition festgenommen. Nach weiteren drei Jahren Haft in Rom wurde er 1629, nach 30 Jahren, schließlich freigelassen.

In den ersten Jahren der neapolitanischen Gefangenschaft bis etwa 1608 schrieb Campanella Gedichte, um sich selbst und anderen Gefangenen Mut zu machen. Dichten als Überlebensstrategie! Diese Gedichte brachte der deutsche Jurist und Humanist Tobias Adami von einem Besuch im Winter 1612/13 bei dem Eingekerkerten nach Deutschland zurück, und er publizierte sie erstmals vollständig im Jahre 1622 in der italienischen Originalsprache. Der Erscheinungsort dieses Bandes ist nicht bekannt, aber es gibt gute Gründe zur Annahme, daß das Werk mit dem Titel «Scelta d'alcune Poesie Filosofiche di Settimontano Squilla» in Frankfurt erschienen ist.

Eine Auswahl aus dieser Gedichtsammlung in deutscher Übersetzung mitsamt dem italienischen Text legt Thomas Flasch in dem hier vorzustellenden Buch vor.¹ Der Titel «Philosophische Gedichte» ist richtig gewählt und entspricht überdies demjenigen der Originalausgabe.

Die 36 Gedichte, es handelt sich vornehmlich um Sonette, werden ergänzt durch die kurzen Erläuterungen, die Campanella selbst verfaßt hat, sowie durch einen ausführlichen Kommentar von Kurt Flasch, der überdies in einem neunzigseitigen Essay, das den Gedichten vorangestellt ist, Denken und Leben des 1568 in Stilo, Kalabrien, geborenen und 1639 in Paris verstorbenen Philosophen umreißt.

Ergreifende Zeugnisse des Leidens

Das Erste, was der Leserin oder dem Leser dieser Gedichte widerfährt, ist Mitleid, ist Anteilnahme am Leiden dessen, der hier schreibt. Einige dieser Gedichte sind schlichtweg ergreifend. Es handelt sich bei diesen Texten um ein Höhlengleichnis ganz besonderer Prägung. In diesem Falle erfindet nicht ein mythenfreundlicher Philosoph zur Belehrung der unaufgeklärten Zeitgenossen und Nachgeborenen eine Mythe, die erzählt, die Menschen glichen in einer Höhle Gefesselten, sondern einer, der selber angekettet ist, beschreibt sein eigenes furchtbares Dasein, um sich zu ermutigen, aber er schreibt auch, weil er überzeugt ist, daß das Beschreiben seiner Situation anderen etwas bedeuten kann. Wen mag es verwundern, daß das Licht, vornehmlich die Sonne, in diesen Gedichten eine hervorragende Rolle spielt. Das erste Gedicht der «Scelta» endet mit dem Wort «Sonne»; im letzten Gedicht – «Al Sole» überschrieben –, das auch die Auswahl abschließt, lesen wir: «Du erhöhst, belebst und rufst zu neuem Feste jedes verborgene Ding, Siechendes, Totes und Faules.»

«Ach! beleb' mit den andern mich auch, o mächtige Gottheit, dem als anderen mehr, Sonne! Geliebte du bist» (S. 169).

In seinem eigenen Kommentar zu diesen Zeilen präzisiert Campanella, der Autor sehne sich danach, «das Sonnenlicht zu sehen, das er im Kerker nie erblicken konnte» (S. 277). Und der Dominikaner geht in der Selbstexegese noch weiter, wenn er hinzufügt: «Und so wendet er sich von der Sonne weg zu Gott hin und bittet ihn, er möge ihm sein Licht schenken, das ihm die Diener der Scheingerechtigkeit auf Erden versagen.»

Brandopfer

Nicht in allen Texten schimmert die Hoffnung durch. Wen mag es daher erstaunen, daß unter diesen Umständen der Freitod wie ein stets wiederkehrendes Thema in diesen Texten präsent ist. Noch ergreifender ist indessen etwas anderes. Am Ostersonntag des Jahres 1600 hat Campanella sein Strohlager angezündet, und

¹Tommaso Campanella, Philosophische Gedichte, Italienisch-deutsch. Ausgewählt, übersetzt und herausgegeben von Thomas Flasch. Mit einem Essay und Kommentar von Kurt Flasch, Vittorio Klostermann, Frankfurt a. M. 1996, 291 Seiten.

Studientag im Zürcher Lehrhaus

Die Tagebücher von Etty Hillesum 1941–1943

«Ich will dieses Jahrhundert kennenlernen, von außen und von innen» (Etty Hillesum, 4. September 1941)

Als 27jährige Jüdin, Juristin und Studentin der Psychologie wird sie zusammen mit ihren Eltern und Brüdern «auf Transport geschickt». Am 30. November 1943 meldet das Rote Kreuz ihren Tod in Auschwitz. Die erst 1981 veröffentlichten Tagebücher sind ein faszinierendes Zeugnis weiblicher Liebes- und Leidenskraft, schöpferischer Begabung und spiritueller Durchdringung.

Leitung des Studientags:

Beatrice Eichmann-Leutenegger

Sonntag, 25. Mai 1997, 10.00–17.00 Uhr

Anmeldung: Zürcher Lehrhaus, Limmattalstr. 73, CH-8049 Zürich

Tel. 01/341 18 20, Fax 01/341 18 29

Kurskosten: Fr. 100.– (Studenten/-innen mit Legi Fr. 50.–)

von diesem Zeitpunkt an täuschte er Wahnsinn vor, im Wissen, daß Verrückte und Irre nicht wegen Häresie zum Tode verurteilt werden. Er hat die Torturen, die man ihm auferlegte, um ihn zum Geständnis des fingierten Wahnsinns zu zwingen, überstanden. In einem der schönsten Sonette hat er dieser einmaligen Erfahrung Sprache verliehen. Es trägt die Überschrift: «Über mich selbst, als ich mein Bett verbrannte und verrückt wurde» (S. 153). In diesem Gedicht, wo der Dichter zuerst ausführlich eine Gruppe von Menschen, die den Freitod gewählt haben, aufzählt, darunter Cato, Hannibal und Cleopatra, wird der *gespielte* Wahnsinn als Opfer an den höchsten Intellekt (al santo Senno) bezeichnet:

«Wie Jonas untertauchte und zurückkam, so brachte ich heiliger Einsicht mein Brandopfer (sacrificio) dar.»

Und diese Einschätzung eines besonders eigentümlichen *sacrificium intellectus* verdeutlicht, daß der Leidende, der Gefolterte nicht aufgeben will, weil er sich als Prophet einer neuen Lehre weiß. Ist es also zufällig, daß Campanella sich im ersten Gedicht mit Prometheus vergleicht, der der Sonne das Feuer entriß? Noch einmal kann in diesem Kontext an die eigentümliche Umkehrung des Höhlengleichnisses erinnert werden: Der in der Höhle Gefesselte ist selbst der Lichtbringer:

«Wir alle lebten im Dunkel

Ich habe ein Licht entzündet» (S. 30).

Philosophische Dichtung

Wenn Campanella sein Sendungsbewußtsein ausdrückt, wird der entscheidende Punkt deutlich: Diese Kerkergedichte sind *philosophische* Gedichte, die in der Tradition philosophischer Poesie stehen, zu der Parmenides, Empedokles, Lukrez und Dante gehören. Wir haben es indessen hier nicht mit versifizierter Philosophie zu tun, also mit dem Werk eines Philosophen, der nachträglich seine philosophischen Lehren in Versen ausdrückt, vielmehr bilden Dichten und Denken bei Campanella eine untrennbare Einheit, denn der Philosoph sucht dichtend und der Dichter philosophisch seinen Weg.² Wie K. Flasch überzeugend nachweist, enthalten die Gedichte *in nuce* die spätere Metaphysik, die gleichsam als die Ausfaltung der frühen Gedichte

²In diesem Zusammenhang kann auf die neuerdings erschienene, sehr reichhaltige Aufsatzsammlung: Philosophie in Literatur, hrsg. von Christiane Schildknecht und Dieter Teichert, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1225, Frankfurt 1996, hingewiesen werden, die auf interessante Gesichtspunkte zur Fragestellung Literatur und Philosophie, Dichten und Denken hinweist. Besondere Aufmerksamkeit verdienen darin m.E. die Arbeiten von Gérard Bornet und Rüdiger Zymner.

verstanden werden kann. Es ist nicht überraschend, daß die großen Themen, die die seit 1602 fünf Mal überarbeitete «*Metafisica*» beherrschen, in den Gedichten auftreten. Dies gilt insbesondere von den drei Erstheften, die alles, was ist, durchwalen, *Possanza, Senno, Amor, Macht, Einsicht und Liebe*, von denen der Dominikaner in einem seiner Gedichte sagt, sie seien die Grundfesten seines philosophischen Systems. Unüberhörbar ist in diesen Texten ebenfalls Campanellas Postulat eines neuen Wissens, seine Forderung einer neuen Metaphysik, die eine unerbittliche Kritik an der aristotelischen Schulphilosophie voraussetzt. Schon im Prolog zu den Gedichten ruft er dazu auf, «die zweiten Schulen» (S. 99) zu fliehen. Gemeint ist damit das akademisch-universitäre Bücherwissen. Den Worten (*parole*) will er die Dinge vorziehen, was beispielsweise in einem philosophischen Entwurf zur Darstellung kommt, dessen Titel bereits ein Programm enthält: «*Philosophia sensibus demonstrata*» (1589). Er fordert also eine Philosophie, die die Sinneswahrnehmung ernst nimmt, wie er bei Bernardino Telesio gelernt hat. In einem charakteristischen Brief von 1607 umreißt Tommaso sein Verhältnis zur Tradition, wenn er sagt, er lerne «aus der Anatomie einer Ameise oder einer Pflanze mehr als aus allen philosophischen Büchern» (S. 67). Das Gedicht «*Modo di filosofare*» (S. 107) exemplifiziert dieses Vorgehen, indem es die traditionelle Buchmetapher mit neuen Inhalten füllt. Die Bücher sind tote Tempel, «Kopien des Lebendigen mit vielen Fehlern», die Welt (*il mondo*) dagegen ist ein «lebendiger Tempel», darin «die ewige Vernunft die eigenen Begriffe schrieb».

Trost der Philosophie

Campanellas Versuch, sein Gefangenendasein dichterisch und philosophisch zu bewältigen, rückt ihn in die Nähe von *Boethius*, der 524 in Erwartung seines Todes als Gefangener die berühmte «*Consolatio philosophiae*» verfaßt hat. Für beide Denker ist der Kerker ein Sinnbild der menschlichen Existenz, und die Philosophie wird als Befreiung aus dem Dunkel und der Daseinsangst gedeutet. Und dennoch trennt vieles die Kerkerlyrik Campanellas vom philosophischen Traktat des Spätrömers. Zwei Aspekte erachte ich als grundlegend. *Boethius* verkörpert, dank einer dezidiert rationalistischen Metaphysik, das Elend und das Böse, das im Sinne der spätantiken Metaphysik lediglich als Beraubung des Guten gedeutet wird; er überführt unvermittelt und unmittelbar das *besondere* Elend in das *allgemeine*

Gute. Auch bei Campanella überwiegt letztlich Versöhnung und Licht, aber, wie Flasch treffend formuliert: «Wir haben den ewigen Sinn nur in der Diagnose des Unsinnigen» (S. 19). Es will mir scheinen, daß bei Campanella die Erfahrung der Hinfälligkeit, der Endlichkeit, der Zerrissenheit und des Zweifels intensiver und glaubwürdiger beschrieben wird als in der abgeklärten Schrift des *Boethius*. Ganz wird der Gegensatz zwischen dem begrenzt Einzelnen und dem umfassenden Sinn nie aufgehoben: «Die Welt, folglich, kennt das Übel nicht, aber ich, ich finde mich von zahllosen Übeln bedrängt» (S. 63). Noch bedeutsamer erscheint mir allerdings ein anderer, zweiter Unterschied. *Boethius*, der ehemalige Politiker, zieht sich aus der Welt zurück in das Reich der Innerlichkeit: Erlösung durch Rückzug aus der Welt! Die Gedichte Campanellas, der bekanntlich in Süditalien den Aufstand gegen die spanische Herrschaft geprobt hatte, verleugnen in keinem Augenblick die politisch-ethische Dimension des Denkens. Besonders einleuchtend wird der Primat der Praxis in einem Gedicht ausgesprochen, das auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter anspielt und zugleich den gegenreformatorischen Katholizismus kritisiert. Es ist darin von einem Wanderer die Rede, der auf dem Weg zwischen Rom und Ostia geplündert und verletzt wird. Weder ein vorbeiziehender Mönch, noch der Bischof oder der Kardinal, die ihn sehen, nehmen sich seiner an. Nur ein deutscher Lutheraner, der die «werke leugnet» und es mit dem Glauben hält, pflegt den Überfallenen. In diesem Falle scheut es Campanella nicht, die daraus zu ziehende Lehre klar zu formulieren: «Während du nichts weißt, ob dein Glaube gut und wahr ist, steht fest, was du Gutes tust, ist wirklich gut für alle» (S. 143).

Rezeptionsgeschichte

Mit seiner sorgfältigen und zugleich kraftvollen sowie schönen, wohlgeformten Nachdichtung der Poesien Campanellas reiht sich Thomas Flasch in die bereits sehr früh einsetzende deutsche Rezeptionsgeschichte dieser gewichtigen und eindrucksvollen Texte ein: Sie setzt ein mit den Übertragungen Johann Valentin Andreaes, der bereits vor der Erstausgabe von 1622 sechs Gedichte in deutscher Sprache publiziert hat. Ihm folgte Johann Gottfried Herder, der 27 Gedichte ins Deutsche übertragen hat; nach ihm hat Eberhard Gothein kurz vor der Jahrhundertwende, 1894, noch einmal das Werk des Dichterphilosophen zu verdeutschen versucht. In seiner Einleitung erinnert K. Flasch auch daran, daß nicht nur Leibniz, sondern auch Schopenhauer das Denken des italienischen Denkers sehr hoch einstufen. Die gelungene Übersetzung von Th. Flasch wie auch die vorzügliche Deutung der Gedichte von K. Flasch, die in überzeugender Weise den Zusammenhang der Gedichte mit den philosophischen Werken aufzeigt und gleichzeitig das Denken Campanellas in der Geschichte der modernen Metaphysik situiert, leisten einen unübersehbaren Beitrag zur zeitgemäßen Erinnerung an einen Philosophen, den Herder im Anschluß an Leibniz als «Einen der erhabensten Geister, die es je gegeben» bezeichnete. Es ist das große Verdienst dieses Buches, daß es mit seiner Erschließung der philosophischen Gedichte Campanellas das einseitig an der «*Civitas solis*», der Sonnenstadt, orientierte Bild des Dominikanermönchs korrigiert und ergänzt. Gleichzeitig vergegenwärtigt es auf anregende Weise das Philosophieren dieses Denkers, der Giordano Bruno überlebt und das Erscheinen des «*Discours de la méthode*» noch erlebt hat, eines wahrhaft europäischen Denkers, der in Neapel, Rom und Paris gewirkt hat und dessen Schriften in Frankfurt publiziert wurden, eines Dichters, der sein eigenes Elend darstellend den philosophischen Versuch gewagt hat, in der Verzweiflung die Hoffnung, im fensterlosen Dunkel der Haft das Licht zu verkünden, eines Künders der Neuzeit, dessen Höhlengleichnis allerdings mit der Erfahrung der Nacht, der Ohnmacht und der Verzweiflung anfängt, der aber dennoch überzeugt war, daß die Menschen fähig sind, zur Vernunft zu finden.

Ruedi Imbach, Belfaux (Schweiz)

ORIENTIERUNG erscheint 2x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, Postfach, CH-8059 Zürich
Telefon (01) 201 07 60, Telefax (01) 201 49 83
Redaktion: Nikolaus Klein, Karl Weber,
Josef Bruhin, Werner Heierle, Pietro Selvatico
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 1997:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 51.- / Studierende Fr. 35.-
Deutschland: DM 58.- / Studierende DM 40.-
Österreich: öS 430.- / Studierende öS 300.-
Übrige Länder: sFr. 47.- zuzüglich Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 60.- / DM 70.- / öS 500.-

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 80-27842-8
Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)
Konto Nr. 6290-700
Österreich: Z-Länderbank Bank Austria AG,
Zweigstelle Feldkirch (BLZ 20151),
Konto Nr. 473009 306, Stella Matutina, Feldkirch

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.